

AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
 Direktor des HWWI und Profes-
 sor an der Universität Hamburg
 Tel: 040 - 34 05 76 - 100

GROßBRITANNIEN

Camerons Politik wird von den Banken diktiert

Braucht Europa die Briten, weil deren Glaube daran, dass Freiheit der Wirtschaft gut tut, genau das ist, was der Europäischen Union (EU) derzeit fehlt? Hartnäckig hält sich das Urteil – gerade auch in Deutschland, dass Großbritannien ein Hort des Liberalismus sei und den liberalen Briten deshalb nicht gefallen könne, was sich in Europa abspielt.

So wird nun David Cameron als Superliberaler gefeiert – nicht nur auf der Insel, sondern auch hierzulande. In seinem hoffnungslosen Kampf gegen alle anderen, den ungeliebten Kandidaten Jean-Claude Juncker als neuen EU-Kommissionspräsidenten zu verhindern, sei es ihm um ein neues, besseres, dezentraleres Europa ohne Bürokratie, ohne Euro-Rettungspakete und ohne Regulierungswut gegangen. Deshalb sei der britische Premierminister »der größte Proeuropäer unter den Regierungschefs« und die EU brauche »mehr Cameron, nicht weniger« – so ist es in deutschen Medien zu lesen.

Klar ist, dass ein britischer Premierminister, genauso wie eine deutsche Kanzlerin oder ein französischer Staatspräsident, zuallererst nationalen Interessen zu dienen hat. Der Vorrang eigener vor fremder Ziele ist für einen nationalen Regierungschef weder unmoralisch noch ungewöhnlich, sondern im Zeitalter der Nationalstaaten eine banale Selbstverständlichkeit.

Bekannt ist auch, dass David Cameron kein in die Wolle gefärbter Liberaler im Sinne einer Margaret Thatcher ist, sondern vielmehr ein »moderner, mitfühlender Konservativer«. Sein »Nein« zu Juncker war

deshalb nicht ein »Ja« für ein liberales Europa, sondern vor allem ein Signal an seine innenpolitischen Gegner, insbesondere die radikalliberale britische Unabhängigkeitspartei (United Kingdom Independence Party, Ukip). Letztere nämlich zeigt, was in Großbritannien unter »Liberalismus« verstanden wird: eine Politik, die primär national(istisch)en britischen Interessen dient und wenig mit grenzenlosem Wettbewerb zu tun hat.

Bei den Europawahlen im Mai 2014 gewann die Ukip im Vereinigten Königreich mit deutlichem Abstand am meisten Wähler(innen) für ihr Programm. Mit einem Stimmenanteil von 27 Prozent und mit 24 Sitzen erzielte somit eine »liberale« Partei das beste Ergebnis, die »britische Arbeit britischen Arbeitern« vorbehalten will und offene Grenzen für Arbeitskräfte und Direktinvestitionen ablehnt.

Mit einem freien Wettbewerb in einem schrankenlosen Binnenmarkt für Güter, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital hat das nichts zu tun. Es widerlegt vielmehr das Vorurteil, dass Briten per se »liberal« seien, selbst wenn sie sich selber Liberale nennen.

Um zu erkennen, worum es David Cameron wirklich geht, lohnt sich eine Analyse der britischen Wettbewerbsfähigkeit, die seit der großen Liberalen Margaret Thatcher sicher nicht mehr primär bei der Industrie zu finden ist. Großbritannien ist wirtschaftlich in extremer Weise vom Finanzsektor abhängig.

Die Finanzbranche und damit verbundene Aktivitäten beschäftigen in Großbritan-

nien rund zwei Millionen Personen. Das entspricht etwa sieben Prozent aller Beschäftigten. Ein Achtel des britischen Bruttoinlandsprodukts und rund zwölf Prozent der Steuereinnahmen werden im Finanzsektor erwirtschaftet.

Es ist offensichtlich, dass eine Politik der nationalen Interessen in Großbritannien immer eine Politik sein muss, die zuallererst und vor allem die Interessen des Finanzplatzes London verfolgt. Der so hochgelobte britische »Liberalismus« spielt dabei bestenfalls eine zweite, in der Regel wohl noch eine weiter nachrangige Rolle.

Das britische Dilemma ist, dass die Volkswirtschaft existenziell vom EU-Binnenmarkt und insbesondere vom europäischen Finanzmarkt abhängig ist, ohne dass Großbritannien bei wesentlichen Entscheidungen, die den Euro-Raum betreffen, mitentscheiden kann. Das wird vor allem dann für die Briten zum lästigen Problem, wenn es um die Finanzbranche geht. So beispielsweise, wenn die Euro-Staaten eine Finanzmarkttransaktionssteuer beschließen, die auch für Geschäfte gilt, die aus oder mit britischen Finanzinstituten getätigt werden. London muss dann gegen eigene Interessen und ohne Mitbestimmung nachvollziehen, was Brüssel beschlossen hat.

Selbstredend wird, dass es im nationalen Interesse Großbritanniens ist, alles zu verhindern, was das Alleinstellungsmerkmal des britischen Finanzmarktes in Frage stellt. Alles, was London unter europäische Regulierungen zwingt, muss per se abgelehnt werden, weil die nationale Unabhängigkeit der britischen Gesetzgebung der entscheidende Wettbewerbsvorteil der britischen Finanzbranche ist. Deshalb wird – Liberalismus hin oder her – primär die britische Abweichung von der europäischen

Norm gefördert und sollen gemeinsame Spielregeln verhindert werden.

Störend wird das britische Verständnis von Liberalismus und »Fair play«, wenn ausgerechnet am Finanzplatz London der europaweit fundamental wichtige Zinssatz für das Interbankengeschäft, der Libor (London Interbank Offered Rate), jahrelang systematisch getürkt, gefälscht und von Finanzakteuren zu eigenen Zwecken manipuliert wurde, ohne dass die britischen Behörden diesem Tun ein Ende bereitet hatten.

Zwar sollen in Zukunft auch in Großbritannien Zinsmanipulationen und Trickserien im Währungshandel oder auf Rohstoff- und Aktienmärkten härter bestraft werden. Aber man will für die Strafverfolgung von Finanzvergehen eigene Gesetze erlassen und nicht die EU-Regeln übernehmen. Als würden Verbrecher an einer nationalen Grenze Halt machen.

Es widerspricht einem liberalen Grundverständnis nicht, für globale Spieler auch globale Regeln zu fordern, die für alle gleichermaßen Gültigkeit haben. Das gilt vor allem für die Finanzmärkte – besonders, wenn jahrelang die Referenzkurse für Wechselkursgeschäfte manipuliert worden sind.

Sie bilden den Maßstab für Finanzgeschäfte mit hohen Summen. So erreichte das Handelsvolumen an den Devisenmärkten im April 2013 einen Rekordstand von 5,3 Billionen Dollar pro Tag. Entsprechend stark sind bei Wechselkursgeschäften die Anreize zu missbräuchlichem Verhalten.

Spätestens an der Stelle wird man den Verdacht nicht los, dass es der »City of London« nicht um »Liberalismus« (wieso sollte es auch?), sondern um Eigeninteressen geht (was sonst?). Börsenhändler brauchen viele Transaktionen, weil sie vom Handeln leben.

Das gilt ganz besonders für den Devisenmarkt. Alles, was Großbritannien von Europa in Währungsfragen übernimmt, schlägt sich sogleich negativ auf die am Finanzplatz London erzielten Tagesumsätze nieder.

Geht man von Entscheidungsträgern und handelnden Personen aus, die ihre Eigeninteressen verfolgen (was keinesfalls unanständig ist), wird das hohe Lied der britischen Liberalen auf ein System flexibler Wechselkurse schwer erträglich. Was die Geldpolitik einer staatlichen Behörde und die Manipulation realer Wettbewerbsverhältnisse durch geldpolitisch verursachte Auf- oder Abwertungswettläufe mit einem liberalen Grundverständnis zu tun hat, erschließt sich liberalem Denken nicht wirklich.

Das gilt selbst dann, wenn Notenbanken politisch unabhängig sind. Es bleibt eine Anmaßung von Wissen, wenn Zentralbanker glauben zu wissen, ob eine expansive oder eine restriktive Geldpolitik für die Zukunft der Realwirtschaft die richtige sei.

Wahrer Liberalismus verlangt nach einem Goldstandard und in Stein gemeißelten fixen Wechselkursen. Nur so lassen sich Manipulationen von Politik oder Zentralbankern verhindern. Eine gemeinsame Währung ist deshalb ein Schritt in eine richtige und nicht in eine falsche Richtung. Aber er würde eben in der »City of London« zu einem massiven Rückgang der täglichen Wechselkursgeschäfte und damit zu weniger Einkommen und geringerer Beschäftigung für viele Briten führen. Das zu verhindern, muss Ziel einer an nationalen britischen Interessen ausgerichteten Europapolitik sein. Und weniger dem Liberalismus zum Nutzen aller in Europa zum Durchbruch zu verhelfen.

Dieser Beitrag erschien am 2. Juli 2014 auf »Die Welt« (www.welt.de).